

Versammlungen, Vergnügen, Ausflügen usw. usw. jedenfalls auch Unterhaltung genau. Es braucht nicht immer in Hammers Hotel zu sein.

Aufnahmen oder Anfragen sind zu richten an Max Büchrich, Dresden-A., Mittelstr. 20.

Der Arbeitsnachweis befindet sich zur Zeit beim Kollegen Bruno Pfob, Ammonstr. 21 im Zigarrengeschäft.

Dresden.

Der Vertrauensmann.

Auf dem Wege zum deutschen Arbeitgeberverband.

Unter denjenigen Industriellen, die das Heil der deutschen Industrie abhängig glauben von der Unterdrückung der Arbeitergewerkschaften, hat die Crimmitzschauer Textilarbeitersperrung, die mit dem Siege der Unternehmer endete, eine überhäufende Striegbegeisterung ausgelöst. Die vom Zentralverband deutscher Industrieller eingeleiteten Zentralisationsbestrebungen der verschiedenen textilindustriellen Verbände geben den Grundton an, nachdem jetzt überall das Hohelied vom Deutschen Arbeitgeberbund gesungen wird. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, die sich vom Anbeginn dieses Ziel zum Programm erkoren hatte, rührt eifrig die Werbetrommel, um die noch widerstrebenden Elemente für den Zusammenschluß aller Unternehmer empfänglich zu machen, und Herr Kublo, der Generalsekretär des „Mayr. Industriellen-Verbandes“, hat eine Propagandaheft unter dem Titel: „Auf dem Wege zum Deutschen Arbeitgeberbund“*) herausgegeben, in der er ein siebensteiliges Programm der zu schaffenden Gesamtorganisation aller Arbeitgeber aufstellt.

Die Schrift enthält zunächst eine Darstellung der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern, die sich vorwiegend auf veraltetes Material stützt und von Mißverständnissen und schiefen Urteilen mimmelt, daß man kaum begreift, wie der Generalsekretär eines Industriellenverbandes solches seinen Lesern bieten kann. Daß der Sitz der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin verlegt worden ist, ist ihm völlig unbekannt; er weiß nur, daß ein internationales Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen mit dem „vorfälligen“ Sitz in Berlin „gegründet“ wurde. Den Eisenbahnern dichtet er einen internationalen Verband unter dem Namen „Internationaler Ausschuss zum Studium der Interessen der Arbeiter in den Transportgewerben“ an, und das Internationale Buchdruckersekretariat datiert nach ihm erst seit dem 10. Dezember 1901. Den christlichen Gewerkschaftskonkret in München ihr vorletzter gewesen sei, und zwischen dem alten Bergarbeiterverband und dem christlichen Gewerkverein der Bergleute konstituiert er ohne jede Ironie die freundschaftlichen Beziehungen. Der Mann hat augenscheinlich noch nie eine Nummer eines der Organe der beiden Verbände in der Hand gehabt. Interessant ist es aber immerhin, daß er den Kern der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften in der Erkenntnis findet, daß nur durch gleichmäßige Erhebung der Forderungen in allen Ländern ein wirklicher Erfolg möglich sei. „Die wirtschaftliche Vernichtung einer Nation durch übermäßige Belastung ihrer Industrie von Seiten der Arbeitnehmer kann nur durch Belastung der Industrien anderer Länder in gleichem Maße hintangehalten werden. Den internationalen Beziehungen der Gewerkschaften wurde durch die sozialdemokratische Partei der Boden geebnet; hatte doch diese Partei den Grundgedanken der Internationalität von Anfang an als den elementarsten Teil ihres Programms verkündet.“ Damit gibt Kublo zu, daß die Arbeiterbewegung einen internationalen Ausgleich der sozial-politischen Pflichten erstrebt, also die deutsche Industrie nicht zum Schaden ihrer Wettbewerbsfähigkeit belasten will. Wie stellt sich denn aber Herr Kublo zu denjenigen deutschen Industrien, die Rohstoffe und Halbfabrikate nach dem Ausland hin billiger verkaufen, als im Inland und damit die deutsche Industrie zugunsten der ausländischen übersteuern?

Ueber die Vorberatungen zur Gründung eines deutschen Arbeitgeberbundes erzählt Herr Kublo, daß die Idee zuerst vom Hamburger-Altonaer Arbeitgeberverband und von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ausgegangen sei, von denen er mit der Ausarbeitung eines Programmtextes beauftragt wurde. In einigen Besprechungen der Vertreter größerer Arbeitgeberverbände in Hamburg und dann in Berlin sei man nur noch über den Zeitpunkt der Gründung und über den Aufbau noch nicht einig gewesen. Während einige Herren, anscheinend die gewiegteren Organisationskennner, den Standpunkt vertraten, erst eine Anpassung der einzelnen Arbeitgeberverbände an einander herbeizuführen, um sie

dann mit Leichtigkeit zu einem großen Ganzen zusammen zu schließen, wollte Kublo zunächst ein Organisationschema aufstellen und die Arbeitgeberverbände in dasselbe einfügen. Wessen Meinung zugestimmt wurde, verrät der Verfasser nicht; anscheinend wurde die Frage offen gelassen und es Herr Kublo überlassen, seine bizarre Idee zu propagieren, wodurch sich die Herausgabe der nach verschiedenen Richtungen hin sehr unreifen Brotschüre erkärt.

Als Programm seiner Organisationsidee stellt Herr Kublo folgende sieben Punkte auf. Die Tätigkeit des neuen Bundes soll umfassen:

1. den Arbeitsnachweis als Zentrale sämtlicher Arbeitsnachweise mittels Rundschreiben sowie gegenseitige Aushilfe;
2. die regelmäßige Nührung von Streitigkeiten;
3. ein Schiedsgericht bzw. ein Vermittlungsamt für Differenzen mit Arbeitern;
4. Förderung der solidarischen Interessen der einzelnen Arbeitgeberverbände durch gemeinschaftliche Ausprägungen;
5. systematische Bekämpfung verheerender Theorien und energische Abwehr der Verbreitung von Unwahrheiten;
6. gemeinsamer Rechtsschutz;
7. ein Bureau von Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen.

Mit diesen sieben Punkten will er sich vorläufig begnügen; er gibt indes zu, daß das Programm sehr ausdehnungsfähig wäre. Daß Herr Kublo den Arbeitsnachweis an die Spitze seines Programms stellt, beweist, daß er völlig von den Prinzipien der lokalen Arbeitgeberverbände ausgeht. Gleich diesen erkärt er im Arbeitsnachweis den Kernpunkt der Organisation und verteidigt das ausschließliche Recht des Arbeitgebers auf denselben: „Der Arbeitsnachweis muß ein ausschließliches Recht dessen bleiben, der Arbeit zu vergeben hat.“ Wir meinen, daß es der Arbeiter ist, der Arbeit ausübt, während der Unternehmer der Verbraucher oder Konsument der Arbeitskraft ist. Das ausschließliche Recht auf den Arbeitsnachweis gehört also nach der Theorie dem Arbeiter. Diesen Einwand wird Herr Kublo indes wohl zu den verheerenden „Theorien“ rechnen, deren Bekämpfung die fünfte Aufgabe des Bundes sein soll. Die Schiedsgerichte nach Ziffer 3 will er den staatlichen Einigungsämtern gegenüberstellen und alle Arbeitgeber verpflichten, nicht die letzteren, sondern einzig und allein die Institutionen des Bundes anzurufen. Unter „Rechtsschutz“ versteht Herr Kublo die Durchführung wichtiger Prozesse auf gemeinschaftliche Kosten, die Sammlung von Gerichtsentscheidungen, Gesetzesbestimmungen und Kommentaren, sowie die Aufnahmestellung. Ueber die übrigen Punkte verlohnt es sich kaum, Worte zu verlieren; Erwähnung verdient nur, daß die Streifenversicherung nicht zu den Aufgaben seines Programms zählt.

Trotz seines prononzierten Kampfprogramms verkündet Herr Kublo als oberstes Prinzip seiner Bundesidee die unbeschränkte Achtung vor dem Koalitionsrecht der Arbeiter. Er erklärt: „Das Recht der Koalitionsfreiheit darf den Arbeitern nicht genommen und auch kein Versuch gemacht werden, dasselbe in irgend einer Form beschränken zu wollen. Der Bund muß grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß jeder Mensch das Recht hat, sich durch Vereinigung mit seinen Berufsgenossen im wirtschaftlichen Leben Vorteile zu erkämpfen. Dieses Recht muß aber auch den Arbeitgebern zugestanden werden und der neue Bund soll die Unternehmer zu diesem Kampfe rufen; der Arbeitgeberbund soll aber ferner auch von der Idee ausgehen, daß dem Arbeiter all das zugestanden wird, was er billigerweise verlangen kann, und daß auch alles zur Hebung seines persönlichen Wohlergehens getan werden muß, was der Arbeitgeber ohne wesentliche Schädigung seiner Interessen und seiner Existenz tun kann.“ Das klingt sehr schön und so hätte Herr Kublo eigentlich für die Crimmitzschauer Textilarbeiter eintreten sollen, die nichts weiter getan, als sich durch Vereinigung mit seinen Berufsgenossen im wirtschaftlichen Leben Vorteile zu erkämpfen. Dieses Recht muß aber auch den Arbeitgebern zugestanden werden müssen, weil sie den Meeraner Kollegen schon seit Jahresfrist gewährt waren, zu erkämpfen. Aber die Crimmitzschauer Textil-Industriellen werden die Theorie des Herrn Kublo wahrscheinlich zu den unter Ziffer 5 seines Programms gekennzeichneten rechnen, denn sie erklärten den Kampf der Arbeiter als Werk sozialdemokratischer Aufhebung und zwingen die unterlegenen Arbeiter zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht. So sieht die Koalitionsfreiheit der Industriellen in der Praxis aus! Herr Kublo wage es doch, für das verheerendste Koalitionsrecht der Crimmitzschauer Textilarbeiter öffentlich aufzutreten; man wird seine Theorie der Gleichberechtigung, wie in der bereits erwähnten Erklärung der Crimmitzschauer Fabrikanten, als „politische Nannegerei“, die niemand betreiben könne, abtun.

Herr Kublo isoliert sich aber sofort dagegen, daß seiner Theorie etwa eine ihm unangenehme praktische Tragweite gegeben werden könne. In einem Eiertanz, den er bezeichnender Weise mit „Andererseits“ einleitet, erklärt er: es müßte jedoch den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen, die Arbeitgeber ihrer Willkür zu unterwerfen und Arbeitsbedingungen und Lohn ohne Rücksicht auf die Lage der einzelnen Industrien und die eventuelle Schädigung nationaler Interessen festzusetzen und durch Streiks zu erkämpfen, aufs allerhöchste entgegengetreten werden.“ Damit wird also das vorher hiedermännlich anerkannte Recht der vereinigten Berufsgenossen, wirtschaftliche Vorteile zu erkämpfen, losgelöst wieder in Grund und Boden verdammt und den Arbeitgebern jeder Weg zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen freigegeben. Wer so mit seinen Prinzipien auf zwei Schultern balanciert, dem wird niemand als Verteidiger des Koalitionsrechtes der Arbeiter ernst nehmen.

Die deutschen Gewerkschaften wären die letzten, den Arbeitgebern ihren Zusammenschluß zu wehren. Sie wissen, daß ein organisiertes Unternehmertum kampffähiger ist, als zerplitterte Arbeiter; sie wissen aber auch, daß der für sie daraus entstehenden Gefahr nur die Stärkung der eigenen Organisation begegnen kann. Am so mehr aber halten sie an dem Grundgedanken der Gleichberechtigung des Arbeiters, der völligen Koalitionsfreiheit fest und erblicken in dem Vorgehen der Crimmitzschauer Fabrikanten, die Arbeiter zum Austritt aus ihrem Verbände zu zwingen, eine schmachvolle Vergewaltigung der Rechte der Arbeiter. Wie jedes Unrecht, so muß auch diese Rechtsverletzung der Fabrikanten zu deren Nachteil ausschlagen; sie wirkt besser als alle Theorien, um die Arbeiter aus ihrer Teilnahmslosigkeit „aufzuheben“ und sie zum Anschlag an die Gewerkschaften zu drängen. Die großen Ausprägungsaktionen der Arbeitgeberverbände im Vorjahre haben den deutschen Gewerkschaften mehr als 100.000 neue Mitglieder zugeführt. Der Fabrikantenterrorismus in Crimmitzschau wird dazu beitragen, daß in diesem Jahre die Aiffer der ersten Million klaffenbewußter Gewerkschaftler überschritten wird. Von diesen Fortschritten aus sehen wir der Gleichberechtigung des deutschen Arbeitgeberbundes mit der größten Ruhe entgegen. (Correspondenzblatt.)

Die Hilfsarbeiterin.

(Von einer Schicksalsgenossin.)

Nachfolgendes entnehmen wir unserem Bruder-Legon, dem „Tucherei-Arbeiter“ aus Wien und empfehlen unseren zaghaften Kollegen und besonders Kolleginnen den Artikel zur Beherzigung.

Es ist in der heutigen Gesellschaft Sitte, daß man den Charakter eines Menschen nach der Art seiner Beschäftigung beurteilt. Ein Fabrikarbeiter — nur als Beispiel angenommen — ist und bleibt nach Ansicht so vieler abeliger oder bürgerlicher Turt- oder Mode-Affenmenschen ein einfältiger Mensch, der nur fähig zu allen Schlechtigkeiten ist; desgleichen wird die Fabrikarbeiterin immer unter dem Namen „Fabrikmadel“ als „sittenloses, freches und dummes Ding“ gebrandmarkt. Jene „vornehmen, gebildeten“ Dämonen und gnädigen Frauen, die, mit verächtlichen Mißen einen Bogen machend, der Fabrikarbeiterin ausweichen und nach dem parfümierten Sackuch greifen, weil sie den Geruch dieser arbeitenden Menschen nicht vertragen können, stehen dennoch viel zu niedrig, als daß sie jener gequälten und geplagten Arbeiterin das Wasser reichen können, da sie als ganz unnütze Geschöpfe auf der Erde sind, die sich nur putzen und im Notfall auch Kinder gebären, aber nicht erziehen können.

Als traurige Wahrheit sei jedoch erwähnt, daß auch nur so oft der Arbeiter die Fabrikarbeiterin niedriger schätzt, als die Arbeiterin eines anderen Gewerbes. Sie arbeitet mit ihm und er betrachtet sie als seine Untergebene und bringt ihr keineswegs jene Achtung entgegen, die ihr als Weib gebührt. Es gibt auch Arbeiter, die über die „Fabrikmischer“ so denken, wie die verkommenen Bürgerkinder, in deren Gesellschaft sich ja so manche Arbeiter gern herumtreiben.

Und die Arbeiterin, warum wehrt sie sich nicht? Nun, das Weib hat eben das ihr oft zum Fluche gewordene Anpassungsvermögen gegenüber dem Manne, und das hauptsächlich in geschäftlichen Dingen; sie hat nicht die Energie, sich Achtung zu verschaffen, sie fühlt sich unfähig, all den verlegenden Anwürfen gebührend entgegenzutreten, weil sie eben noch nicht gelernt hat, wann und wie sie von ihrem Recht Gebrauch machen kann. Sie steht ja allzuvoll mit ihren Kameradinnen noch im Streit um die kleinlichsten Dinge, um Nichtigkeiten; Trafisch und

*) München 1904. Ernst Reinhardt. 44 Seiten. Preis 1 Mk.

Klatsch, Schauerromane, ein paar bunte Bändchen, die Tanzschule, alles liegt ihr näher, nur nicht das Nachdenken über ihre eigene und die Lage ihrer Geschwisterinnen. Das Publikum um die Kunst der Vorgesetzten dünkt so mancher das Beste zur Verbesserung ihrer Lage und das ist eben das große Uebel, an dem die meisten weiblichen Arbeiter krank. Was ist die Schuld, daß sie, um nur ihre Arbeit zu erhalten, mit allen Mitteln sich die Gunst des Arbeitgebers zu erringen suchen? Weil eben jede von ihnen allein, ohne feste Stütze dahinst, weil ihnen die sichere Grundlage einer gewerkschaftlichen Organisation fehlt. Würden sich die Hilfsarbeiterinnen alle zu einem großen Ring zusammenschließen und Hand in Hand mit den organisierten Arbeitern frei und offen ihr Recht verlangen, so würde ihnen viel des Streites untereinander erspart bleiben, sie hörten auf, der Spielball der Laune der Vorgesetzten zu sein, sie würden sich Achtung und Ansehen verschaffen bei ihren Arbeitsgenossen. Das Weib darf eben im wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Kampfe nicht zurückbleiben, nur dann ist es möglich, mit dem Manne auf gleicher Stufe stehen, dieselben Forderungen zu stellen wie er. Sie muß mit ihm gemeinam kämpfen, um ihm gleich zu sein.

Die Hilfsarbeiterin muß sich ihrer Stellung im Kampfe ums tägliche Brot bewußt werden, sie muß empfinden lernen, daß sie keineswegs eine untergeordnete Stellung in der heutigen Gesellschaft einnimmt, sondern daß sie als Arbeiterin jener großen und mächtigen Klasse von Menschen angehört, die stark genug wäre, um die bestehende, von Unrecht frogende kapitalistische Gesellschaftsordnung niederzureißen und auf den Trümmern derselben ein Reich der Freiheit und Gleichheit zu gründen. Dieser hehre Gedanke möge auch der Hilfsarbeiterin den Stolz des arbeitenden Menschen und die Erkenntnis seines Wertes für die ganze Kultur bewahren. Möge sie sich dem schönen Ziele zuliebe, dereinst das wirklich geachtete und geschätzte Weib zu sein, heute schon über alles Hohe und Gemeine, das ihr als Arbeiterin von eleganten Faullenzern, für die sie arbeiten muß, von denen sie ausgebeutet wird, in allen Tonarten nachgelacht wird, hinweglegen und zu wahrer Übung streben.

Darum soll der Ruf nicht umsonst ertönen: Arbeiterinnen erwacht, seid Euch Eurer Ehre, der Ehre der Arbeit bewußt, erringt Euch die Achtung, die man Euch jetzt verweigert, tretet der Organisation bei und nehmt teil an dem Kampfe gegen Erniedrigung und Ausbeutung! Hanni Str.

An die Arbeiterschaft Deutschlands.

Wie der hier nie gekannte Jutug von Arbeitern aus allen Gauen Deutschlands beweist, ist die aller Menschlichkeit Hohn sprechende Werbearbeit des Arbeitgeberverbandes „Unterweser“ in den weitaus meisten Fällen von Erfolg. Derselbe sucht fortgesetzt in allen Teilen Deutschlands Arbeitskräfte nach den Arbeitsplätzen an der Unterweser, Bremen, Vegesack, Bremerhaven, Geestemünde, Lehe usw. heranzuziehen, obgleich hier bereits eine große Arbeitslosigkeit herrscht.

Insbondere werden gesucht: Schlosser, Maschinenbauer, Dreher, Kesselschmiede, Schmiede, Schiffbauer, Rieter, Formner, Gelbgießer, Kupferschmiede und Mobelsticker.

Auf welchem Wege diese Werbearbeit vollzogen wird, zeigt uns ein Plakat, das in Minden i. W. auf dem Bahnhofe aushängt, da ist zu lesen:

„Arbeiter oben genannter Berufe wollen sich wegen Arbeit an die Arbeitsnachweisstelle des Arbeitgeberverbandes „Unterweser“ in Bremen, Vegesack und Bremerhaven wenden, bezw. sich dieserhalb unter Vorlage des Militärpasses, Führungsattestes und der Zeugnisse ihrer früheren Tätigkeit bei einer dieser Stellen melden.“

Arbeitgeber-Verband Unterweser.
Anmeldungen beim Vorsitzenden des Kriegervereins Minden i. W., N. Rumpf, Königsstr. 40.
(Im Stempel: Bremischer Landes-Krieger-Verband.)

Die Kriegervereine werden als „müßiges Werkzeug“ benutzt, um gefügige Arbeitskräfte zu dem Heer der Arbeitslosen an die Unterweserorte heranzuziehen.

Um ein Bild von der Arbeitslosigkeit zu geben, diene folgendes:

Die Arbeitsnachweisbureaus in Bremerhaven haben über ihre Tätigkeit in den letzten Monaten folgende Zahlen veröffentlicht:

Es meldeten sich an den genannten Stellen im

Monat	Arbeits-suchende	Arbeit-erhalten	arbeitslos blieben
Oktober 1903	5311	1335	2176
November 1903	2952	893	2059
Dezember 1903	1676	684	992

Im Monat Januar hat sich die Zahl der um Arbeit Nachsuchenden wieder bedeutend vermehrt, während die Arbeitsgelegenheit eine viel schlechtere geworden ist. Mehnlich traurig liegen die Verhältnisse an den übrigen Arbeitsplätzen der Unterweser. In ihrem eigenen Interesse warnen wir die Arbeiter allerorts davor, dem Liebeswerben des Arbeitgeberverbandes „Unterweser“ Gehör zu schenken und nach hier zu kommen, da bei den oben veröffentlichten Zahlen es auslöslos ist, hier sobald lohnende Beschäftigung zu finden, die Lebens- und Wohnungsverhältnisse am Plage aber die denkbar teuersten sind. Wir haben schon Protest- und Arbeitslosen-Vermählungen abgehalten. Weiter sind Eingaben an den Stadtrat von Bremerhaven, die Magistrate von Lehe und Geestemünde ergangen, die letzteren haben uns mit einer Antwort beglückt, die besagt, daß es nicht schön ist, zu dem Heere der Arbeitslosen immer neue Scharen heranzuziehen, erklären sich aber außer Stande, hier einzugreifen, außerdem ist ihnen noch nicht einmal bekannt, ob überhaupt Arbeitgeber von fraglichen Städten in dem Arbeitgeber-Verband sind, trotzdem es die Spaten von den Dächern pfeifen. Der Stadtrat von Bremerhaven, der Stadt, wo die Streikbrecher-Bureaus domizilieren, hat bis jetzt überhaupt nicht geantwortet.

Wir sehen also, daß von dieser Seite ein Einschreiten gegen die standalöse Heranzuziehung immer mehr Arbeitsloser nicht zu erwarten ist. Dieshalb wenden wir uns im vorstehenden an sämtliche Gewerkschaftsstellten, Partei- und Gewerkschaftsblätter Deutschlands mit der dringenden Bitte um möglichste Verbreitung dieser Tatsachen.

Die Vorstände der Gewerkschaftsstellten ermächtigen wir, sollten in nächster Zeit durch Inserate oder Plakate Arbeitskräfte vom Arbeitgeberverband nach hier gesucht werden, auf unsere Kosten im Inzeratenteil einer geeigneten Zeitung durch Veröffentlichung obiger Zahlen die Arbeiterschaft von einer Reise nach hier zu warnen, denn was derselben hier bevorsteht, ist alles andere als beneidenswert. Gewerkschaftskartell Bremerhaven und Umgegend. Wilhelm Angelob, Lehe, Weierstr. 23.

Korrespondenzen.

Hannover. Versammlung vom 3. Februar. Die Versammlung war ziemlich gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls gab Kollege Wente die Abrechnung und bemängelte Kollege Kiel, daß selbige von den Revisoren noch nicht rechtlich geprüft war. Unter Verschiedenem ermahnte der Vorsitzende die Kollegen und Kolleginnen, immer neue Mitglieder dem Verbands zuzuführen und schilberte in kurzen Worten die Notwendigkeit desselben. Kollege Glaubstein stellt einen Antrag dahin, daß der Vorstand eine Resolution für die „Solidarität“ ausarbeite, die besagt, daß die Berichte von den Schriftführern möglichst kurz abgefaßt werden, da hauptsächlich die Berliner Zahlstellen große Berichte einbringen. Alsdann wurde zu dem am 20. Februar stattfindenden Vergnügen ein Vergnügungskomitee und Kollege Wente als Festleiter gewählt. Hierauf Schluß der Versammlung. — Die nächste Versammlung findet am Mittwoch, den 2. März, 8 1/2 Uhr abends statt.

Leipzig. Mitglieder-Versammlung vom 7. Febr. Auerst gibt Kollege Schulze bekannt, daß sich der Vorstand wie folgt konstituiert hat: Schulze, Vertrauensmann; Wolfen, Kassierer; Kreschmar, Schriftführer; Wolters, Stellvertret. Vertrauensmann. Hierauf erteilte Kollege Schulze der Gen. Frau Dr. Dunfer das Wort zu ihrem Vortrage: Klassenbewußtsein und Klassenkampf. Die Vortragende verstand es durch ihre allgemeinverständlichen Ausführungen die Zuhörer, meistens Kolleginnen, zu fesseln. Die Anwesenden erhielten dadurch gleichzeitig ein Bild von der Entwicklung des Bewußtseins von der untersten bis zur jetzigen Stufe

seiner Klassenkämpfe. Zum Schluß appellierte die Referentin an die Anwesenden, unausgesetzt für die Organisation tätig zu sein, da dies die beste und praktischste Waffe im modernen Klassenkampf sei. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen sich noch die Kollegen Hermann und Schöner im Sinne der Referentin aus. Unter Gewerkschaftlichem wurde als Kartelldelegierter Kollege Hermann gewählt. Sodann Schluß der Versammlung, der sich noch ein gemütliches Beisammensein angeschlossen.

Verichtauna: In dem Bericht von der Generalversammlung vom 10. Februar in Nr. 2 der „Solidarität“ muß es nicht heißen: dem Vorsitzenden wurden 60 Mk. bewilligt, sondern dem Vorstand wurden 60 Mk. bewilligt.

Miel. Am 9. Februar fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Da man auf den Laufzetteln Gäste eingeladen hatte, war die Versammlung geradezu überfüllt. Aufgenommen wurden 5 weibliche Mitglieder. Das Referat über das Minderbeschuldige hatte Herr Expedient Breccour übernommen. Derselbe führte in kurzen Worten die Bestimmungen des Gesetzes vor Augen und betonte zum Schluß, daß gerade im Zeitungsbetriebe die Minder ausgemerkt wurden. Er besprach dann einen mit den Austrägerinnen abguschließenden Vertrag, der das Austragen von Zeitungen für sämtliche schulpflichtigen Kinder verbietet. An den Vortrag schloß sich eine recht lebhaft Debatt, an der sich mehrere anwesende Gäste sowie Mitglieder beteiligten. Komische Ansichten vertrat der Vorsitzende der Land-, Fabrik- und Hilfsarbeiter; demselben wurde aber vom Genossen Breccour und unserem Vorsitzenden in geziemender Weise geantwortet. Nach dreiviertelstündiger Debatt wurde ein Antrag des Kollegen Schlüter: eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die mit dem Gen. Breccour zusammen beraten soll, angenommen. Gewählt wurden in diese Kommission die Kolleginnen Anna Harms, Emma Meier und Christine Möller, vom Land-, Fabrik- und Hilfsarbeiterverband die Mitglieder Frau Stüme und Frau Kahl. Kollege Baumann gab den Bericht vom Kartell. Im Anschluß hieran folgte die Wahl eines zweiten Kartelldelegierten und wurde als solcher Kollege Balzer gewählt. Die Abrechnung vom Vergnügen ergab einen Ueberschuß von 4 Mark. Unter Verschiedenem fand eine recht lebhaft Debatt statt, die zum größten Teile persönlicher Natur war. Nach einer kräftigen Ermahnung, fest und treu zusammen zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Generalversammlung vom 11. Februar 1904. Der Vorsitzende Anton Kalb gab den Geschäftsbericht. Es seien nunmehr 2 Jahre, daß die Zahlstelle Frankfurt a. M. gegründet wurde und es sei ihm eine Freude, auch heute die Mitbegründer der Zahlstelle begrüßen zu können. Er forderte die jüngeren Mitglieder auf, auch stets so zum Verband zu halten, wie es die Mitbegründer bis heute getan, ebenso sei es ihre Pflicht, stets dafür zu arbeiten, daß auch die Indifferenten unserer Organisation zugeführt würden. Die Mitgliederzahl sei im stetigen Steigen, so daß wir in diesem Quartal mit 47 Mitgliedern beginnen. Frank waren im Geschäftsjahr 8 Mitglieder mit 180 Tagen und arbeitslos ein Mitglied mit 10 Wochen; zuge-reist sind 3 Mitglieder, welche hier untergebracht wurden. Zur Unterstützung der Crimmitschauer Weber ist eine Summe aus der Crisafisse bewilligt worden, ebenso wurden 2 Sammellisten ausgegeben, auf welchen sich die Mitglieder durch reichliche Spenden auszeichneten. Der Vorsitzende schloß den Bericht mit der Mahnung, fest und treu zur Zahlstelle Frankfurt a. M., sowie zum Zentralverband zu halten, denn nur das sei der Weg, auf welchem wir unsere Lage verbessern können. Hierauf gab der Kassierer den Massenbericht, und wurde ihm auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Nunmehr legte der 1. Vorsitzende A. Kalb sein Amt, sowie im Namen des Kassierers und Schriftführers deren Aemter nieder und wurde zur Neuwahl geschritten. Da es allgemein bekannt war, daß unser Kollege Kalb eine Neuwahl ablehnen würde, hatten sich fast sämtliche Kollegen zur Verammlung eingeladen, um Kollegen Kalb von seinem Vorhaben abzubringen und ging derselbe aus der Abstimmung wieder als einstimmig gewählt hervor. Kollege Kalb nahm das Amt auch an mit der Bitte, daß es der Zahlstelle doch endlich gelingen möchte, eine Kraft zu finden, der man das Amt übertragen könnte. Als Kassierer wurde Kollege Thomas, als Schriftführer Kollege Gempin gewählt, die Kollegen Huber und Jean Waffinger als Revisoren; die Wahl als Kartelldelegierter lehnte unser Vorsitzender ab und wurde an dessen Stelle Kollege Geriting gewählt. Kollege Kalb brachte einen Antrag betreffs Krankenzuschuß und Wächnerinnen-lasse ein; der Beitrag soll um 5 Pf. erhöht werden. Dieser Antrag soll nunmehr jedem Mitglied schriftlich zugestellt und die Beschlußfassung durch Urabstimmung herbeigeführt werden. Nachdem noch ein

